

BONN BLEIBT BUNT

Keine Stimmen für die AfD

DIE AFD

IST

KEINE

ALTERNATIVE

**Bonner Bündnis
gegen Rechts**



@bonngegenrechts



bonn-gegen-rechts.de

Nach ihrem Einzug in den Bundestag bei der letzten Wahl tritt die AfD (Alternative für Deutschland) auch dieses Jahr wieder zur Wahl an. Seit 2017 hat die Partei sich verändert und ist noch weiter nach rechts gerückt. Bei der letzten Wahl stand für die AfD vor allem das Thema Geflüchtete im Vordergrund. Nachdem der heraufbeschworene "Untergang des Abendlandes" ausgeblieben ist und vor allem die Klimakrise und die Corona-Pandemie die Nachrichten und Politik dominieren, versucht die AfD nun mit einem breiteren Programm auf sich aufmerksam zu machen. Bereits ein kurzer Blick in dieses verrät aber: Die AfD ist mitnichten weniger rassistisch oder rechtsradikal als 2017, wie zuletzt auch das Deutsche Institut für Menschenrechte feststellte.

Im Unterschied zur letzten Wahl hat die AfD jedoch noch weitere Themen für sich entdeckt, mit denen sie hofft, Wähler*innen gewinnen zu können. Im Folgenden wollen wir auf das Wahlprogramm der AfD eingehen und zeigen, warum **wir finden, dass die AfD keine gute Wahl und erst recht keine Alternative ist, denn...**

...sie ist rassistisch und nationalistisch

Seit ihrer Gründung hetzt die AfD gegen Geflüchtete und Menschen mit (vermeintlichem) Migrationshintergrund. Es handelt sich hierbei nicht nur um Äußerungen einzelner Mitglieder. Vielmehr ist der Rassismus schon in ihren Parteiprogrammen verankert. So wird Menschen mit Migrationshintergrund ihr Deutschsein abgesprochen und die AfD möchte die deutsche Staatsbürgerschaft an das "Abstammungsprinzip" binden. Die AfD wünscht sich einen völkischen Nationalstaat, in dem möglichst wenige Menschen mit Migrationshintergrund leben. Um diesem Ziel näher zu kommen, fordert die AfD die Abschiebung Schutzbedürftiger im großen Stil.

...sie leugnet teilweise die Corona-Pandemie und lehnt Schutzmaßnahmen ab

Zu Beginn der Corona-Pandemie forderte die AfD die Bundesregierung noch auf, schneller zu handeln und Maßnahmen zur Eindämmung auf den Weg zu bringen. Recht schnell schwenkte sie jedoch um, lehnte alle Maßnahmen der Bundesregierung ab und versuchte bei Demonstrationen von "Querdenken" sowie anderen aufkommenden Gruppen von Corona-Leugner*innen auf Stimmenfang zu gehen. Verschiedene Bundestagsabgeordnete der AfD nahmen an Protesten teil und verglichen teilweise die Maßnahmen der Regierung mit dem Ermächtigungsgesetz im Dritten Reich. Positionen, die die Gefahr von Corona verharmlosen, finden sich auch im Wahlprogramm wieder. So lehnt die AfD die Maskenpflicht, Vorteile für Geimpfte und Genesene, PCR- und Schnelltests sowie Lockdowns und Quarantäne als Maßnahmen gegen die Pandemie ab.

...sie leugnet den Klimawandel und ist wissenschaftsfeindlich

Nicht nur bei der Corona-Pandemie lehnt die AfD Handlungsempfehlungen, die aus wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitet sind, strikt ab oder bestreitet diese sogar. So schreibt die AfD in ihrem Parteiprogramm, dass die gestiegene CO₂-Konzentration in der Atmosphäre "zu einem Ergrünen der Erde beigetragen" habe und ist darüber hinaus der Ansicht, dass die Erderwärmung positive Auswirkungen auf die Menschheit haben wird. Sie bestreitet weiterhin, dass der Klimawandel durch den Menschen verursacht wird. So macht sie sich mit Klimaleugner*innen gemein und ignoriert eine überwältigende Mehrheit von Klimaforscher*innen. Darüber hinaus setzt die AfD weiterhin auf Verbrennungsmotoren und eine Stärkung des Luftverkehrs.

...sie vertritt ein veraltetes Familienbild und ist sexistisch

Die AfD erkennt nur eine Familie von Mann und Frau als „echte“ Familie an und stellt sich gegen alles davon Abweichende. Außerdem spricht die AfD Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht ab, indem sie Schwangerschaftsabbrüche weitgehend verbieten möchte. Darüber hinaus bezeichnet die AfD diese per se als Tötung von Kindern. Zuletzt fiel die AfD Sachsen-Anhalt mit einem Positionspapier zur Familienpolitik auf, in dem sie fordert, eine Geburtenrate von mindestens 2,1 Kindern pro Frau im Grundgesetz festzuschreiben. Die AfD ist der Meinung, Gewalt gegen Frauen käme fast ausschließlich von Geflüchteten. Dabei ignoriert sie, dass eine große Mehrheit der Sexualstraftäter Deutsche sind und sexualisierte Gewalt vor allem von Täter*innen aus dem nahen Umfeld der Betroffenen ausgeübt wird.

...sie hetzt gegen LGBTIQ* (lesbische, schwule, bisexuelle, trans- & intergeschlechtliche und queere Menschen)

Die AfD lehnt die gleichgeschlechtliche Ehe ab. Sie spricht sich gegen Aufklärungsinitiativen aus und viele ihrer Politiker*innen äußern sich offen homo- und transfeindlich. Auch sexuelle Aufklärung durch öffentliche Einrichtungen ist der AfD ein Dorn im Auge. Darüber hinaus behauptet die AfD es gäbe nur zwei Geschlechter und bedient sich dafür einer längst überholten biologistischen Definition. In der AfD ist auch Platz für plumpe Homophobie, wie zuletzt Uwe Junge (bis 2021 MdL) bewies, als er eine Armbinde in Regenbogenfarben, die Manuel Neuer trug, als "Schwuchtelbinde" bezeichnete.

...sie fördert Ungleichheit

Die AfD möchte die Erbschaftssteuer abschaffen und stellt sich gegen einen höheren Spitzensteuersatz. Nach 7 Jahren hat es die AfD im Herbst 2020 endlich geschafft, ein Rentenkonzept auszuarbeiten. Das bisherige Rentensystem wird scharf kritisiert, wirkliche Lösungsvorschläge gibt es aber nicht. Außerdem soll die private Altersvorsorge gestärkt werden. Zudem möchte die AfD weiterhin private Krankenversicherungen erhalten statt eine Bürger*innenversicherung einzuführen. Gleichzeitig behauptet die AfD immer wieder, für soziale Gerechtigkeit einzutreten. Gerade in Zeiten von Corona, in denen die soziale Ungleichheit weiter zugenommen hat, kann davon ausgegangen werden, dass die Forderungen der AfD diesen Trend nur weiter verstärken werden, anstatt ihm entgegenzuwirken. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus.

...sie pflegt Kontakte zu Rechtsradikalen und Neonazis und toleriert diese in der Partei

Der "Flügel" der AfD, in dem sich mehrere tausend Mitglieder versammelten und der als Sammelbecken für Rechtsradikale galt, wurde offiziell Anfang 2020 aufgelöst, zuletzt mehrten sich jedoch Berichte, dass der Flügel weiter existiere und im Verborgenen agiere. Neben Faschisten wie Björn Höcke, die wichtige Funktionen in der Partei selbst bekleiden, beschäftigen viele Abgeordnete Mitarbeiter*innen, die in rechtsradikalen Gruppen wie der Identitären Bewegung oder in extrem rechten Burschenschaften aktiv sind oder waren. Bei Demonstrationen der AfD marschieren regelmäßig Neonazis. Sogar Stefan E., der Mörder Walter Lübckes, unterstützte die AfD bei ihrem Wahlkampf. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Beispiele von AfD Politiker*innen, die wegen gewaltsamen Auseinandersetzungen mit vermeintlichen politischen Gegner*innen vor Gericht stehen. So zum Beispiel der Bonner Lokalpolitiker Felix Cassel, der mit seinem Auto in eine Gruppe Gegendemonstrant*innen gefahren ist und im Juni zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde, oder jüngst ein

Kommunalpolitiker aus Freiburg, der drei Personen mit einem Messer und Pfefferspray angegriffen haben soll. Zudem verherrlichten AfD-Mitglieder rechte Gewalttaten oder verhöhnten deren Opfer.

...sie hat ein Antisemitismus-Problem und verharmlost den Nationalsozialismus

Die AfD verweist immer wieder auf ihre angeblich pro-israelischen Positionen, wenn sie versucht, von Antisemitismusvorwürfen abzulenken. Dies ist mehr als fadenscheinig: Die AfD behauptet Antisemitismus sei ein ausschließlich durch Migration "importiertes Problem". Dies entspricht nicht der Realität, denn Antisemitismus ist und war schon immer ein gesamtgesellschaftliches Problem. Über 50 % der Wähler*innen der AfD stimmen selbst antisemitischen Aussagen zu. Auch unternimmt die AfD nichts gegen die Verbreitung antisemitischer Stereotype in der eigenen Partei, beispielsweise durch Björn Höcke, und unterhält gute Kontakte zu Akteur*innen der Neuen Rechten wie Götz Kubitschek, der immer wieder mit antisemitischen Publikationen auffällt. Außerdem verharmlosten prominente Mitglieder wie Alexander Gauland das Dritte Reich und der Bundestagsabgeordnete Wilhelm von Gottberg bezeichnete den Holocaust als einen "Mythos".

...sie rückt immer weiter nach rechts

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 ist die AfD kontinuierlich nach rechts gerückt. Zuerst wurden die Vorsitzenden Lucke und später Petry abgewählt und haben die Partei verlassen, was jeweils mit einem deutlichen Rechtsruck einherging. Nichtsdestotrotz gibt es immer noch starke Strömungen in der Partei, wie die Mitglieder des angeblich aufgelösten Flügels, die die Partei weiter nach rechts drängen. So gibt es schon länger interne Auseinandersetzungen und Parteichef Meuthen und seine Unterstützer*innen mussten zuletzt bei der Wahl der Spitzenkandidat*innen zur Bundestagswahl eine herbe Niederlage einstecken. Auch das Programm zur Bundestagswahl ist deutlich extremer ausgefallen als von der Parteiführung gewollt - vor allem durch den Einfluss von Ex-Flügelchef Höcke.

All dies zeigt, dass die AfD nicht die bürgerliche oder konservative Alternative ist, die sie gerne zu sein vorgibt. Vielmehr ist die AfD in den letzten Jahren zu einer stramm rechtsradikalen Partei mit besten Kontakten in die extreme Rechte geworden. Auch ist sie nicht die "Partei des kleinen Mannes" wie sie immer vorgibt, sondern steht für eine Verstärkung von sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Spaltung. Auch ist eine Stimme für die AfD kein "Denkzettel" oder eine Protestwahl, sondern schlicht und einfach eine Stimme für Rechtsradikale.

Daher gilt für uns: Egal ob in Bonn oder anderswo – Keine Stimme für die AfD!

Bonn bleibt Bunt!

Eine Version mit Belegen für alle Aussagen findet ihr auf unserer Website!

Bonner Bündnis gegen Rechts



**t.me/bonngegenrechts: Telegramkanal mit
aktuellen Infos zu Aktionen**



@bonngegenrechts



bonn-gegen-rechts.de